

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

| | | | |
|----------------------------|------------------------------|----------------------------|---|
| Sitzungstag: 05.11.2015 | Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr | Sitzungsende: 21:45 Uhr | Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Großer Saal (hinten) |
|----------------------------|------------------------------|----------------------------|---|

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

| | |
|-------------------|-----------------|
| Herr Ullrich Höft | Vorsitzende |
| Frau Nadine Evers | f. d. Protokoll |

Vom Beirat:

Herr Gerhard Arndt
Herr Ralf Bohr
Herr Heinz Hoffhenke
Herr Hans-Peter Hölscher
Herr Uwe Jahn
Frau Christa Komar
Herr Alfred Kothe
Frau Birgit Löhmann
Frau Christa Nalazek
Herr Johann Oppermann
Frau Waltraut Otten
Herr Ferhat Özel
Herr Dominic Platen
Herr Gerhard-Wilhelm Scherer
Frau Hannelore Sengstake
Herr Ingo Tebje
Frau Susanne Yström

TOP 1: Niederschrift vom 08.10.2015

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Weitere Unterbringung von Flüchtlingen und unbegleiteten Jugendlichen im Stadtteil

Eingeladen: Frau Kodré, Frau Dr. Rose o. V. (SfSJFluS)

TOP 4: Gasumstellung der swb in Mahndorf

Eingeladen: Herr Behrens (swb)

TOP 5: ubb Standortkonzept

Eingeladen: Herr Thomas Möhring (UBB)

TOP 6: Einrichtung eines Umweltbildungszentrums auf dem Grundstück des NABU

Eingeladen: Herr Hofmann (NABU), BPW-Baumgart + Partner, Herr Risch (SUBV)

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Niederschrift vom 08.10.2015

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Frau Sengstake fragt stellvertretend für einen Bürger, ob das Übergangwohnheim in der Ludwig-Quidde-Straße aufgestockt werden soll. Laut Sozialbehörde ist dies nicht der Fall.

Weitere Unterbringung von Flüchtlingen und unbegleiteten Jugendlichen im Stadtteil

Zu Gast: Frau Kreuzer (SJFIS), stellvertretend für Frau Kodré (SJFIS) und Frau Dr. Rose (SJFIS)

Frau Dr. Rose berichtet, dass es einen weiteren Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen in Bremen gab. Im September 2015 sind 500 neue Jugendliche hinzugekommen und im Oktober 2015 waren es 430. Im ganzen Jahr schätzt Frau Dr. Rose werden es 2.300 – 2.500 Jugendliche sein, die nach Bremen kommen.

Des Weiteren berichtet sie, dass immer mehr Notunterbringungen entstehen. Das Zelt am Fallturm an der Universität, das für 120 Jugendliche ausgerichtet war, musste aufgelöst werden, da es nicht winterfest gemacht werden kann. Diese Jugendlichen wurden auf verschiedene Unterbringungen aufgeteilt.

Ein wichtiger neuer Standort ist seit dem 01.11.2015 das „Hanse-Komfort-Hotel“ mit einer Belegung von 75 Jugendlichen unter Betreuung des Trägers „Wolkenkratzer“. Der Besitzer hat der Sozialbehörde den Standort angeboten. Eine Erweiterung ist nicht geplant.

Außerdem sind am bereits in der letzten Sitzung vorgestellten Standort „Hostel Feuerkuhle“, inzwischen nicht nur 45 sondern 100 Jugendliche untergebracht.

Frau Dr. Rose berichtet, dass die Kommunikation mit der Polizei hervorragend läuft. Momentan gibt es keine weiteren Pläne für neue Unterkünfte in Hemelingen.

Herr Oehlschläger aus dem Polizeirevier Hemelingen berichtet, dass es kaum Probleme in den Flüchtlingsunterkünften gibt. Außerdem ist die Bundeswehr in den belegten Turnhallen anwesend und die Kommunikation mit den Flüchtlingen läuft sehr gut.

Herr Hoffhenke fragt, wieviele Mädchen und junge Frauen unter den Jugendlichen sind. Frau Dr. Rose berichtet, dass von insgesamt 2.000 Flüchtlingen in Bremen 75 Mädchen sind, der Rest sind Jungen und junge Männer. Die Mädchen und jungen Frauen sind in besonderen Einrichtungen und Unterkünften in kleinen Gruppen untergebracht.

Frau Komar fragt nach der neuen Anwendung des Königsteiner Schlüssels auf die in Bremen ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Frau Dr. Rose berichtet, dass es seit dem 01.11.2015 ein neues Gesetz im Bundesgebiet hierzu gibt. Die Umverteilung gilt zunächst nur für die jetzt neu Ankommenden. Außerdem hat Bremen eine anerkannte Überlastsituation. Tatsächlich werden die ersten Jugendlichen in zwei bis drei Wochen umverteilt. Diese Jugendlichen werden dann wahrscheinlich zuerst nach Niedersachsen gebracht.

Auf Nachfrage berichtet Frau Dr. Rose, dass die Mobilbauten bei der ehemaligen Schule am Sattelhof im Bauantragsverfahren sind. Eine Realisierung wird es Ende Dezember geben.

Des Weiteren fragt Frau Komar nach einer erneuten Nutzung des „Hotel Europa“.
Frau Dr. Rose sagt, dass es bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Erlaubnis zum Betrieb des Hotels gibt. Der Besitzer führt derzeit Umbauarbeiten durch, aber das Sozialressort hat derzeit für dieses Hotel keine Pläne.

Herr Bohr fragt nach dem Personalschlüssel für die neuen Unterkünfte.
Frau Dr. Rose antwortet, dass tagsüber sechs bis sieben Jugendliche einen Betreuer haben.
Herr Bohr fragt außerdem, wie es mit Gastfamilien bzw. Pflegefamilien aussieht. Frau Dr. Rose berichtet, dass es momentan 30 Pflegefamilien in Bremen gibt, diese Pflegefamilien haben aber sonst auch andere Kinder aufgenommen. Es gibt auch einige Gastfamilien, dort ist es aber so, dass dies eher wie ein Schüler austausch gehandhabt wird. Bei den Pflegefamilien gibt es eine intensivere Betreuung.

Herr Tebje fragt wie die Aufteilung der Amtsvormundschaften ist. Hierzu antwortet Frau Dr. Rose, dass das Verhältnis 1:50 ist, manchmal auch 1:70. Eine Vormundschaft kann aber auch an ehrenamtliche Helfer übergehen oder an das Jugendamt (Case Manager). Es bekommen aber alle Jugendlichen einen gesetzlichen Vertreter.

Der Beirat nimmt die Entwicklung an beiden Standorten zustimmend zur Kenntnis.

Frau Kreuzer berichtet anhand der Präsentation (Anlage 1) über die Unterbringung der Flüchtlinge. In Hemelingen werden konkret zwei Projekte vorbereitet. Eine Notunterbringung in einer Lagerhalle in der Theodor-Barth-Straße mit 150 Plätzen und durch einen Investor ein „ÜWH light“ in der Hannoverschen Straße mit ca. 100 Plätzen.

Frau Komar fragt, wie es mit Plätzen für Kinder in KITA und Schule aussieht.
Frau Kreuzer berichtet, dass eine Ressortübergreifende Arbeitsgruppe vierzehntägig zusammenkommt, in der die Bedarfe abgestimmt und die Sachstände der Projekte erörtert werden. Das Bildungsressort ist in dieser Gruppe kompetent vertreten.
Es wird vorgeschlagen, Vertreter des neuen Ressorts Kinder und Bildung (SKB) hierzu gesondert einzuladen.

Herr Bohr fragt nach was das „ÜWH light“ bedeuten soll.
Frau Kreuzer berichtet, dass dies eine Zwischenstation ist. Hier sollen die Flüchtlinge untergebracht werden, die aus einem Übergangwohnheim (ÜWH) kommen und noch keine eigene Wohnung finden, da der Wohnungsmarkt in Bremen momentan enger wird. In dem „ÜWH light“ haben die Flüchtlinge aber trotzdem noch eine ambulante Betreuung und zwar so viel wie jeder individuell benötigt. Das ist aber grundsätzlich von Flüchtling zu Flüchtling unterschiedlich. Herr Bohr fragt außerdem ob es in dem „ÜWH light“ geplant ist, Gemeinschaftsräume oder Sprachkurse einzurichten. Hierzu sagt Frau Kreuzer, dass dies nicht geplant sei, da die Flüchtlinge weitestgehend selbstständig sein möchten.

Herr Tebje spricht die Problematik des qualifizierten Personals an. Es ist schwer solches zu finden, deshalb geht der Trend immer mehr zu großen Einrichtungen.

Herr Jahn sagt, dass auch für die Wohnungsvermittlung neue Stellen erforderlich sind.

Herr Hoffhenke fragt nach der Hastedter Heerstraße 76. Die Flüchtlinge die dort momentan sind sollen nächstes Jahr in die Stolzenauer Straße umziehen. Die Eröffnung ist weiterhin für Anfang Februar 2016 geplant.

Frau Komar bekräftigt, dass das „ÜWH light“ ein Vorteil sei.

Herr Arndt fragt ob es nicht ein Vorteil für die Flüchtlinge wäre, wenn sie aus den Turnhallen direkt in das Übergangwohnheim light kommen würden.

Frau Kreuzer sagt hierzu, dass dies nicht der geplante Weg sei. Aus der Turnhalle kommen die Flüchtlinge normalerweise erst in ein ÜWH, dann in das Übergangwohnheim light und abschließend in eine eigene Wohnung.

Herr Scherer fragt wann der zweite Abschnitt in Arbergen fertig gestellt ist.

Frau Kreuzer antwortet, dass dieser am 18.12.2015 fertig sein soll.

Des Weiteren schlägt Herr Scherer vor, dass die Flüchtlingsfamilien, die in Zelten untergebracht sind, auch im Stadtteil bleiben sollen und dort ein ÜWH beziehen sollten, da sie sich dort auch schon etwas auskennen. Frau Kreuzer antwortet daraufhin, dass man dies nicht wirklich berücksichtigen kann, denn wenn es für die Flüchtlinge einen schnelleren Platz in einem anderen Stadtteil gibt, ist dies nur von Vorteil für sie.

Herr Rudolph fragt nach, wo das „ÜWH light“ denn genau in der Hannoverschen Straße stehen soll und ob dies ein Umbau oder ein Neubau ist.

Frau Kreuzer nennt als Adresse die Hannoversche Straße 88 oder 89, ob dies ein Umbau oder Neubau sei könne sie nicht sagen, da sie in der Kürze der Einarbeitungszeit sich noch nicht alle Projektstandorte persönlich habe ansehen können.

Herr Bohr fragt erneut nach der Betreuung der Flüchtlinge im „ÜWH light“. Frau Kreuzer verweist auf ihre frühere Aussage hierzu.

Herr Rudolph bekräftigt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in einem Stadtteil immer auch die Sozialstruktur des Stadtteils berücksichtigen muss. Frau Kreuzer verweist darauf, dass in der derzeitigen Situation jede Möglichkeit genutzt werden muss die sich bietet.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag des Beirates über die Notunterbringung der Flüchtlinge in Turnhallen (Anlage 2). Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Gasumstellung der swb in Mahndorf

Zu diesem Thema waren Herr Marquart von der swb und Herr Brinkmann (Pressesprecher der swb) eingeladen. Herr Marquart stellt das Projekt anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 3) vor.

Herr Oehlschläger fragt ob die Sicherheit der Bewohner auch gewährleistet ist. Hierzu berichtet Herr Marquart, dass sie sich schon viele Gedanken darüber gemacht haben. Dies könne man aber der Präsentation entnehmen.

Herr Scherer fragt, wie das mit der Kooperation mit der Polizei aussieht.

Herr Marquart berichtet, dass es mit der Polizei eine enge Kooperation gibt und die Kommunikationsinstrumente abgestimmt werden. Die Bewohner werden auf der Internetseite sehen können wann bei ihnen die Monteure erscheinen werden. Auch die Polizei wird detailliert über den Plan und den tatsächlichen Ablauf der Arbeiten informiert, sodass sie die Bewohner im Zweifelsfall auch aufklären kann. Die Polizei wird eine Liste bekommen, die aufzeigt wer wann und wo ist.

Aus dem Publikum wird die Frage gestellt, ob alle Anbieter informiert werden. Herr Marquart antwortet, dass dies bereits stattgefunden hat. Die Bewohner werden schriftlich in sieben Sprachen mehrfach informiert und auf das Verfahren vorbereitet. Es wird auch Informationsstände an einigen Standorten geben, wo sich die Anwohner genauer informieren können.

Herr Oppermann fragt, ob es zu irgendeinem Zeitpunkt auch zu Sperrungen der Gasversorgung kommen wird. Darauf antwortet Herr Marquart, dass dies mit Sicherheit der Fall sein wird, denn man kann nicht davon ausgehen, dass alle Eigentümer zu erreichen sind. Das alte L-Gas wird nämlich nicht mehr verfügbar sein. Die Umstellung wird am 03.07.2017 durchgeführt. Dann kann kein Haushalt in diesem Bezirk mehr L-Gas beziehen, sondern nur noch H-Gas. Sollte in diesem Haushalt keine Umstellung gelungen sein, müsste sicherheitshalber der Hausanschluss zunächst gesperrt werden.

Frau Löhmann stellt die Frage, wie es mit den älteren Brennern aussieht, die nicht mehr für das H-Gas geeignet sind und sie fragt sich ob die Kosten für die Erneuerung dann an den Eigentümern zurückfallen. Hierzu berichtet Herr Marquart, dass dies wahrscheinlich bei Brennern, die älter als 30 Jahre sind der Fall sein wird. Es sind bisher keine Zuschüsse für die Neuanschaffung vorgesehen.

Herr Bohr fragt noch einmal nach, ob die Kosten dann auf die Kunden umgewälzt werden. Hierzu sagt Herr Marquart, dass dies eine Bundesvorgabe sei, die Kosten der Umstellung werden sich über die Durchleitungsentgelte bei dem einzelnen Verbraucher niederschlagen. Über die Höhe kann bisher keine Aussage getroffen werden, weil die jetzt anstehende Aktion einmalig und ohne Vorbild ist. Bezüglich zu erneuernder Geräte betont er, dass dies in der Regel Sache des Eigentümers sei. Der tatsächliche Umfang kann aber noch nicht abgeschätzt werden. Auch insofern ist Mahndorf ein Pilotprojekt.

Herr Tebbe fragt nach, ob nur die kleinen Düsen ausgetauscht werden müssen. Dann könne der Besuch des Mitarbeiters ja nicht so lange dauern. Herr Marquart bestätigt diese Annahme.

Frau Komar erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen L- und H-Gas. Herr Marquart berichtet, dass man wegen des höheren Energiegehaltes weniger H-Gas benötigt und dass deshalb die Kosten nicht steigen werden.

Herr Kothe erkundigt sich, ob der Gasdruck denn gleich bleiben wird. Dies wird von Herrn Marquart bestätigt.

Herr Jahn bittet die beiden Gäste den Beirat auf dem Laufenden zu halten was das Projekt betrifft. Er begrüßt es wenn sie noch einmal im Beirat vorstellig werden würden. Der Vorsitzende schlägt vor, dieses nächstes Jahr im April zum Beginn der Informationskampagne zu machen.

ubb Standortkonzept

Herr Möhring berichtet über die Entwicklung des Standortkonzeptes und die Auswirkungen auf den Stadtteil anhand einer Präsentation (Anlage 4).

Herr Arndt fragt, ob der Personalstand erhalten bleibt. Herr Möhring sagt hierzu, dass er das hofft, denn das Budget des Umweltbetriebes solle im nächsten Jahr um 3.000.000 € aufgestockt werden.

Herr Bohr erkundigt sich nach der Verwendung der Flächen, wenn der Standort Zeppelinstraße geschlossen wird. Herr Möhring sagt, dass erst etwas Neues entstehen muss, bevor etwas geschlossen werden kann. Man sei aber wegen der Entwicklung mit der Stadtplanung im Gespräch und werde auch diesbezüglich rechtzeitig auf die Beiräte zugehen.

Auch Herr Dennhard fragt nach der Nachnutzung und weist darauf hin, dass der Stadtteil mit Grünflächen unterversorgt ist. Hierzu sagt Herr Möhring, dass dies alles noch in der Planung sei.

Herr Tebbe fragt nach, ob der Friedhof Osterholz dann ein großer Standort werden wird. Hierdrauf antwortet Herr Marquart, dass dies so sein wird und dieser dann auch für Hemelingen zuständig sein wird.

Einrichtung eines Umweltbildungszentrums auf dem Grundstück des NABU

Hierzu waren Herr Risch (SUBV), Herr Lemke (BPW-Baumgart + Partner) und Herr Hofmann (NABU) zu Gast. Sie haben die Planung des Umweltzentrums und das Bebauungsplanverfahren anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 5) vorgestellt.

Herr Otten aus dem Publikum fragt nach der Änderung des Bebauungsplanes und wieviel gebaut werden kann und ob es Fremdinvestoren geben könne. Herr Lemke berichtet, dass im Bebauungsplan genau festgelegt sei was gemacht werden darf und welche Nutzung stattfinden kann. Herr Hofmann geht davon aus, dass der NABU das Projekt selbst realisiert. Des Weiteren kommt die Frage auf, wie es mit dem Verkehr aussehen wird, ob dieser mehr werden wird oder nicht. Hierzu sagt Herr Hofmann, dass sie nicht davon ausgehen, da das geplante Café hauptsächlich im Frühjahr bzw. Sommer und wohl auch nur am Wochenende geöffnet sein wird, da es nicht beheizt ist. Wenn der Verkehr zu viel wird, werden sie reagieren. Bei Veranstaltungen wird schon an der Einfahrt zum Vahrer Feldweg auf die Parkmöglichkeiten beim REAL hingewiesen.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wie es mit den Öffnungszeiten aussehen wird. Hierzu sagt Herr Hofmann, dass dies noch nicht genau feststeht, aber sie planen grob von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr oder von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr und im Winter, da es da früher dunkel wird von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr und für das Wochenende ist noch nichts geplant.

Herr Scherer möchte, dass der Bebauungsplan, wenn er denn fertig ist, im Fachausschuss vorgestellt wird. Dies wird von den Gästen zugesagt. Herr Hofmann bittet auch darum, Verbesserungsvorschläge während des Verfahrens zu benennen.

Frau Löhmann fragt, ob die Geschäftsstelle zweigeschossig bleibt und der Rest ebenerdig. Dies wird von Herrn Hofmann bestätigt.

Beiratsverschiedenes

Herr Hoffhenke fragt nach dem weiteren Verfahren im Beirat zur Querspange Ost. Der Vorsitzende erläutert, dass am 10.11.2015 der Entwurf einer Stellungnahme im Ausschuss besprochen wird. Am 03.12.2015 in der Beiratssitzung soll dann eine offizielle Stellungnahme beschlossen werden. Im weiteren Verfahren sollen eigene Vorschläge für Baumpflanzungen in Hastedt gemacht werden.

Herr Scherer fragt nach dem Ergebnis der Baudeputation. Der Vorsitzende berichtet, dass trotz der erneuten Darstellung der Haltung des Beirates zur Logistikklausel die vorliegende Fassung des B-Planes 2447 beschlossen und zur Auslegung freigegeben wurde.

Umbesetzung der Ausschüsse

Es wird einstimmig beschlossen, dass Herr Arndt die Ausschussmandate nach dem Ausscheiden von Robert Hempel aus dem Beirat übernimmt.

Gez. Höft
Vorsitzender

Gez. Jahn
Beiratssprecher

Gez. Evers
f. d. Protokoll

Liste der in Protokollen gebräuchlichen Abkürzungen:

| | |
|-------|---|
| AöPV | Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Personennahverkehr |
| ADFC | Allgemeiner Deutscher Fahrradclub |
| ASV | Amt für Straßen und Verkehr |
| BILL | Bürgerinitiative für lückenlosen Lärmschutz |
| BSAG | Bremer Straßenbahn AG |
| BVM | Bundesverkehrsministerium |
| DB | Deutsche Bahn |
| FA | Fachausschuss |
| FLK | Fluglärmkommission |
| FNP | Flächennutzungsplan |
| GIRL | Geruchsimmissions-Richtlinie |
| IB | Immobilien Bremen |
| KITA | Kindertagesstätte |
| KOA | Koordinierung und Finanzen |
| KOP | Kontaktbereichspolizist |
| NABU | Naturschutzbund Deutschland |
| SJFIS | Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport |
| SWAH | Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen |
| SUBV | Senator für Umwelt, Bau und Verkehr |
| SKB | Senatorin für Kinder und Bildung |
| swb | swb AG, ehemalige Stadtwerke Bremen |
| UB | Umweltbetrieb Bremen |
| ÖPNV | Öffentlicher Personen Nahverkehr |
| VEP | Verkehrsentwicklungsplan |

Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Bremen

Beiratssitzung Hemelingen am 05. November 2015

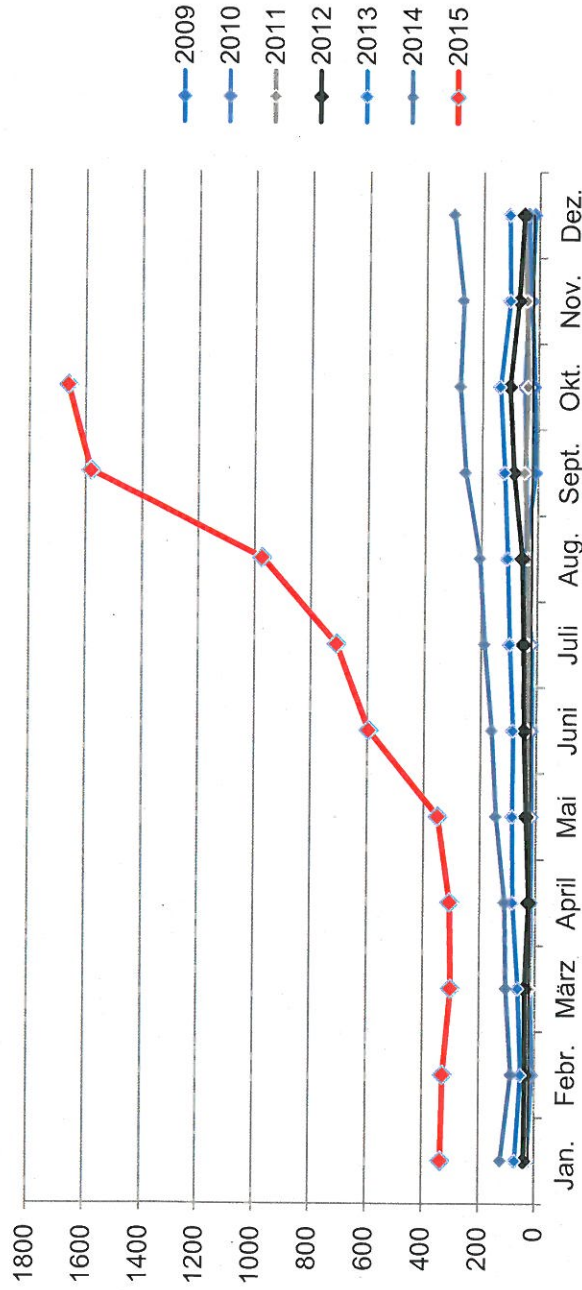
Die Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen



Freie
Hansestadt
Bremen

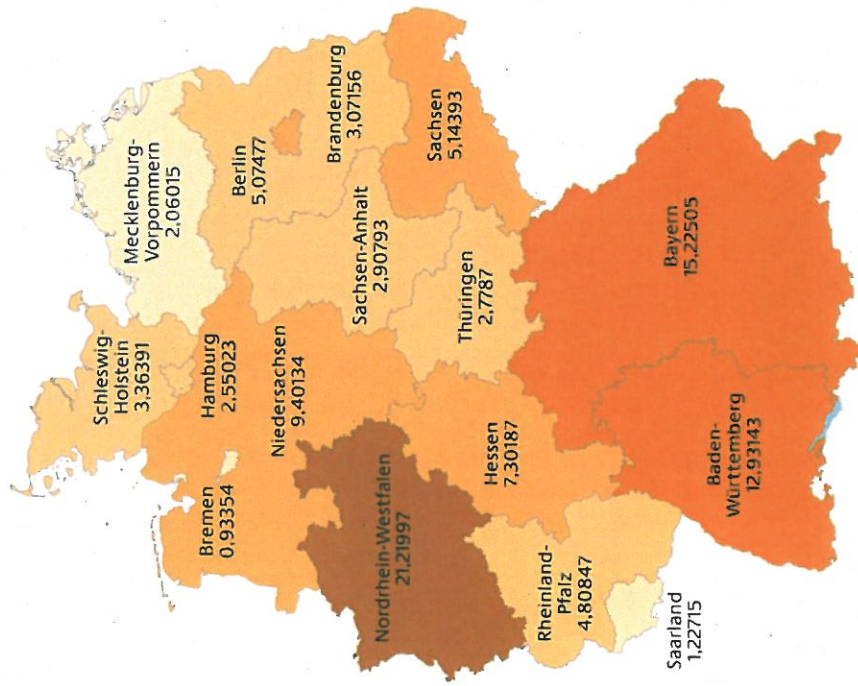
Asylbewerber/innen in Bremen

Bundesweite Zuweisung nach dem EASY Verwaltungsverfahren, soweit in der EAE aufgenommen



Gesamtaufnahme nach EASY: 2.233 Personen im Jahr 2014
 EASY Aufnahme bis 30.09.2015: 7.135 Personen im Jahr 2015
 Prognose nach EASY: 11.000 Personen im Jahr 2015

Verteilung in Deutschland



Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2014

- bis unter 2,5%
- von 2,5% bis unter 5,0%
- von 5,0% bis unter 10,0%
- von 10,0% bis unter 20,0%
- ab 20%

© Vermessungsverwaltungen der Länder und RMG 2011, eigene Bearbeitung Kartographie und Layout: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat 222

- Verteilung erfolgt nach **Königsteiner Schlüssel.**
- Bremen nimmt **0,96 Prozent** aller Flüchtlinge auf.
- Aufteilung nach **Landesaufnahmegesetz:**
 Bremen: **80%**
 Bremerhaven: **20%**

Bestehende und geplante Unterkünfte

| Stadtteil | Plätze | Einwohner | Anteil |
|----------------|--------|-----------|--------|
| Obervieland | 687 | 35.726 | 1,92% |
| Blumenthal | 563 | 30.690 | 1,83% |
| Gröpelingen | 770 | 36.042 | 2,14% |
| Hemelingen | 1.032 | 42.415 | 2,43% |
| Huchting | 703 | 29.411 | 2,39% |
| Mitte | 1.203 | 17.809 | 6,76% |
| Neustadt | 1.249 | 44.437 | 2,81% |
| Osterholz | 1.135 | 37.587 | 3,42% |
| Östl. Vorstadt | 120 | 29.819 | 0,40% |
| Vahr | 345 | 26.822 | 1,29% |
| Veegesack | 1.284 | 32.998 | 3,89% |
| Walle | 1.286 | 28.276 | 4,55% |

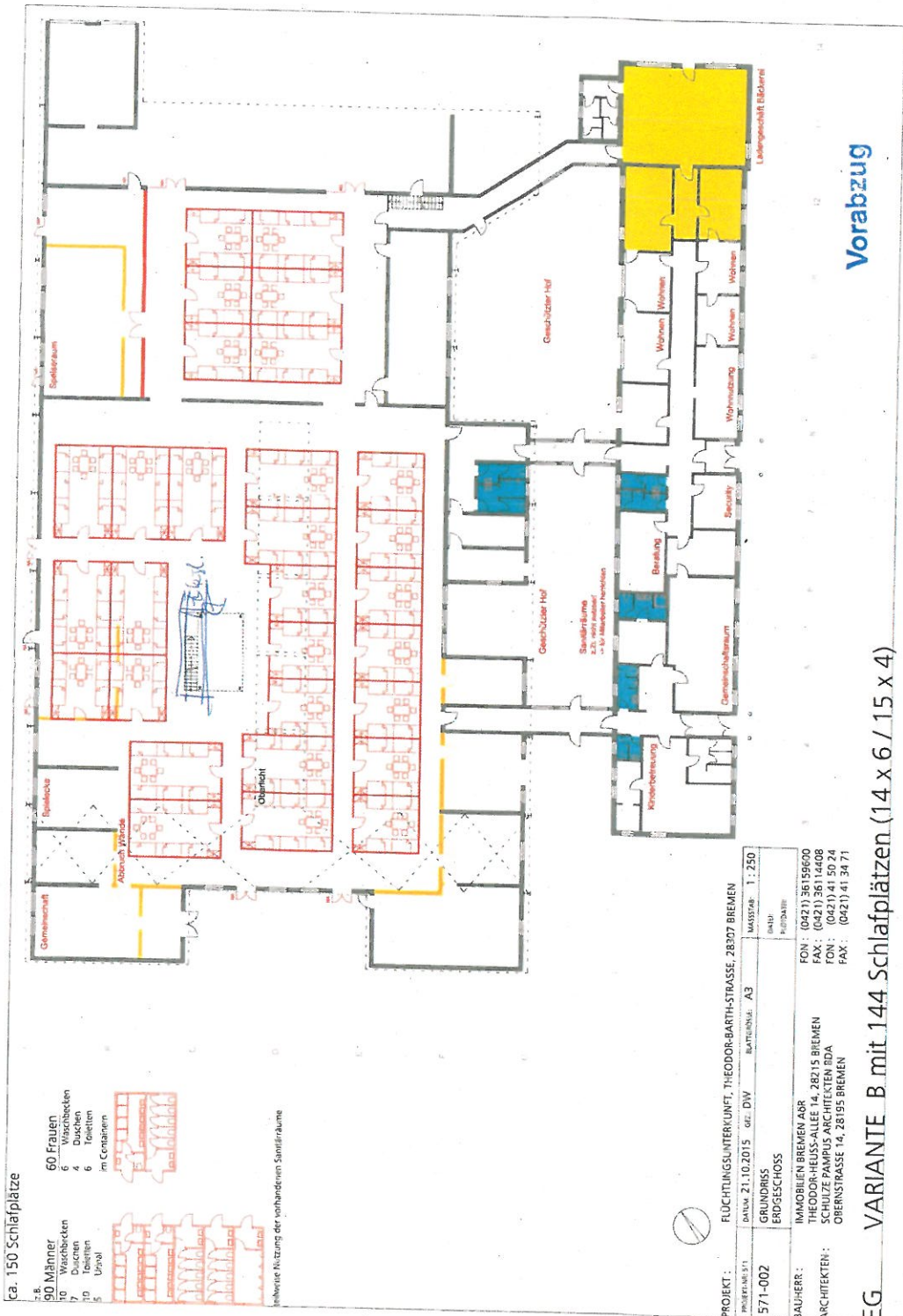


Bestehende und geplante Unterkünfte

| Stadtteil | Plätze | Einwohner | Anteil |
|----------------|--------|-----------|--------|
| Horn-Lehe | 730 | 25.636 | 2,85% |
| Oberneuland | 680 | 12.871 | 5,56% |
| Findorff | 141 | 25.542 | 0,55% |
| Burg-Lesum | 558 | 32.559 | 1,71% |
| Schwachhausen | 314 | 38.368 | 0,82% |
| Borgfeld | 130 | 9.047 | 1,44% |
| Woltmershausen | 790 | 13.754 | 5,74% |
| Blockland | 0 | 398 | 0,00% |



Theodor-Barth-Straße (ehemaliges Gebäude Fa. Tender-Backhaus)

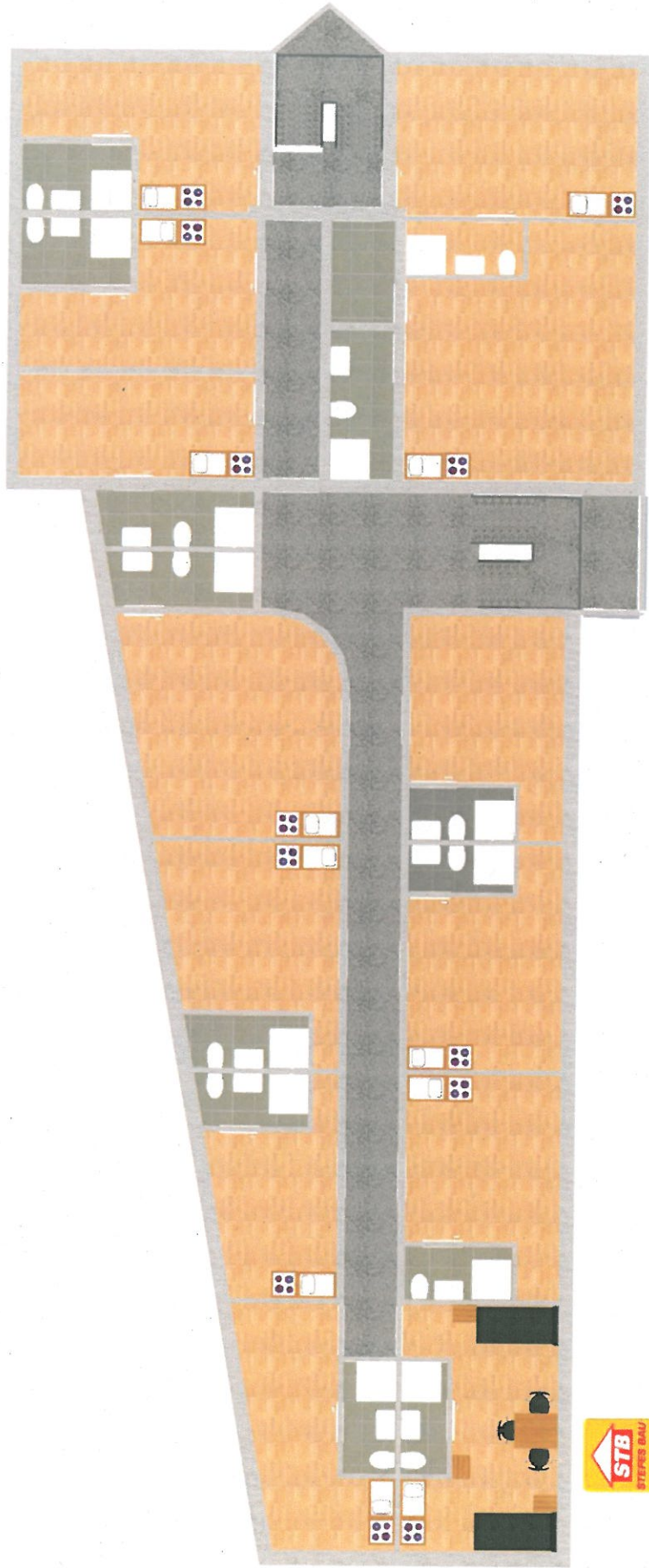


NU Theodor-Barth-Straße

- Betreuung durch das DRK (ca. 6 Stellen)
- 140-150 Plätze
- Essensanlieferung
- Sprachkurse
- Kinderbetreuungsangebot
- 24 Stunden-Wachdienst
- Planung: Fertigstellung Jan 2016
- Nutzungsdauer: 3 Jahre



ÜWH Hannoversche Straße



ÜWH Hannoversche Straße

- Umbau durch Investor
- 100-120 Plätze
- Appartements mit Küchen
- Ambulante Betreuung



Notunterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen

Beschlussvorschlag:

- Der Beirat Hemelingen appelliert an die Behörde die Turnhalle der Wilhelm-Olbers-Schule nicht mit Flüchtlingen zu belegen, damit im Winter überhaupt noch Sport für die Schule stattfinden und für die fast 400 in der Umgebung untergebrachten Flüchtlinge angeboten werden kann.
- Bei Räumung der Turnhallen fordert der Beirat, die Turnhalle der Oberschule Sebaldsbrück in der Parsevalstraße, als eine der ersten zu räumen, da die Schule im Rahmen der Neuausrichtung Sport als Leistungsfach eingeführt und bisher noch keinen ausreichenden Ersatz für die Hallennutzung gefunden hat, um das Profil aufrecht zu erhalten.
- Weiter fordert der Beirat die kurzfristige Schaffung von bezahlbarem günstigem Wohnraum in Hemelingen für Alle.